

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

Keine sicheren Herkunftsstaaten – Europa muss offen und fair für alle bleiben

In diesem Jahr sind in Deutschland so viele Asylanträge gestellt worden wie nie zuvor. Deutschland ist damit aber nicht allein: Auch in Ungarn, Österreich und Schweden sind die Zahlen auf einem Höchstwert. Diese Entwicklung bringt große Herausforderungen für Bevölkerung und Regierung mit sich, vor allem weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich die Situation in den Herkunftsländern bald grundlegend ändert. Wir müssen also damit rechnen, dass auch in den nächsten Jahren viele Menschen ihr Land verlassen, in der Hoffnung hier ein besseres Leben zu finden. Um ihnen das zu ermöglichen und eine faire Chance auf Integration zu gewährleisten, müssen wir verhindern, dass sie hier auf Feindseligkeit seitens der Bevölkerung stoßen. Es ist deshalb von essentieller Bedeutung, ein faires und einheitliches Konzept zur europaweiten Verteilung zu schaffen und jeder Person ihr individuelles Recht auf Asyl zuzusichern. Ein Konzept, das keinem dieser Ziele zuträglich ist, ist die Idee der sicheren Herkunftsstaaten.

Eine europäische Liste der sicheren Herkunftsstaaten bedeutet einen enormen Aufwand

Laut der europäischen Asylverfahrensrichtlinie „[unterliegt] die Anwendung des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten den Regeln, die im nationalen Recht festgelegt sind“. Das heißt, um eine EU-einheitliche Liste zu erstellen, müsste jedes Land auf der Liste, in jedem Mitgliedstaat der EU, nach nationalem Recht und dem national gängigen Verfahren anerkannt werden. Das bedeutet einen enormen Zeit und Kostenaufwand, der eines der eigentlichen Ziele, die Vereinfachung des Abschiebeprozesses und das Einsparen von Arbeitszeit und -kosten, ad absurdum führt.

Die Deklaration als „sichere Herkunftsstaaten“ verstößt gegen geltendes UN-Recht

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling eine Person, die den Schutz des eigenen Landes aus der „... begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ nicht in Anspruch nehmen kann oder will. Menschen, die aufgrund der oben genannten Tatsachen aus den betreffenden Ländern fliehen, ist folglich Asyl zu gewähren. Für alle Geflüchtete aus einem Land grundsätzlich die Chance auf Asyl erheblich zu verringern, birgt daher das Risiko, gegen die Genfer Flüchtlingskonventionen zu verstoßen und damit gegen eine der größten Errungenschaften der UN.

Die Deklaration eines sicheren Herkunftslandes ist Opportunismus

Welche Länder als sichere Herkunftsstaaten oder sichere Drittstaaten deklariert werden unterliegt, wie oben erwähnt, dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten. Jedes Land mit einer solchen Liste stuft unterschiedliche Staaten als "sicher" ein. Das zeigt, wie schwierig und willkürlich die Einstufungsprozesse sind. Unserer Meinung nach ist es unmöglich ein Land als "sicher" zu deklarieren.

Hierfür spricht auch, dass in vielen als sicher geltenden Staaten LGBT immer noch „rechtsstaatlich“ verfolgt und verurteilt werden können. So z.B. in Indien, das in Frankreich, Belgien und Malta als sicheres Herkunftsland gilt. Auch werden Frauen in vielen Staaten weiterhin benachteiligt und drangsaliert. In Mazedonien, das 2014 von der deutschen Regierung als sicheres Herkunftsland deklariert wurde, starben nach Berichten von ProAsyl im Frühling dieses Jahres mindestens 22 Menschen bei

Beschluss des 37. Landesjugendkongress vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Würzburg

bewaffneten Auseinandersetzungen. In weiteren Ländern, die in Deutschland ab dem 1. November als sichere Herkunftsstaaten gelten, ist außerdem weiterhin die Bundeswehr stationiert, beispielsweise im Kosovo. Wenn der Einsatz fremdländischer Militärdienste benötigt wird, ist ein Land unserer Meinung nach ebenfalls definitiv nicht sicher.

Alle Menschen haben das Recht auf ein gutes Leben

Wie im vorherigen Absatz erwähnt, ignoriert man mit dem Konzept der sicheren Herkunftsstaaten komplett die Belange Einzelner. Es gibt dem Staat das Recht, egal um welche Person es sich handelt, solange sie nur aus dem richtigen Land kommt, Asylverfahren derartig zu erschweren, dass es dem/der Asylsuchende kaum möglich ist, anerkannt zu werden. Allerdings ist jede Situation unterschiedlich und viele haben in ihrer Heimat keine Chance auf Arbeit, medizinische Versorgung und Sicherheit. Denn auch wenn ein Land, gesetzt den Fall, dies sei möglich, grundlegend sicher ist, kann es trotzdem Regionen geben, in denen bspw. mafiöse Strukturen herrschen, die Menschen zur Flucht veranlassen. Diesen Menschen eine Chance auf ein besseres Leben zu verwehren ist in unseren Augen unmenschlich und nicht vertretbar.

Wir fordern schnelle entschlossene Investitionen

Wir fordern die Regierung auf, sich zu schnellen Investitionen zu entschließen. Es ist wichtig das Bundesamt für Migration und Geflüchtete so zu unterstützen, dass die riesige organisatorische Herausforderung der Migrationsbewegungen angemessen bewältigt werden kann.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher einen massiven Personalaufbau in den betroffenen Bundesämtern und lokalen zuständigen Stellen.

Auch die Herkunftsstaaten selbst leiden darunter, wenn sie viele ihrer sich meist im arbeitsfähigen Alter befindlichen Bürger verlieren. Auch für die Menschen ist es nicht leicht, ihre Heimat zu verlassen. Daher fordern wir die Regierung zusätzlich auf, diese Länder beim Aufbau ihrer Wirtschaft und der Infrastruktur zu unterstützen.

Aus den dargelegten Gründen fordern wir allem voran die Abschaffung der Liste sicherer Herkunftsstaaten.